Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(An den Sonntagen ausgenommen Manuscripte werden nur für Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,550.
Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 352. Montag den 18. December 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

In unserer Verwahrung befindet sich eine Partie gegerbter Ochsenleder, welches im September c. auf dem Berliner Bahnhofe einem nicht zu ermittelnden gewesenen Bedenkhändler gestohlen worden ist. Wir veranlassen hierdurch den Eigenthümer des Leders, sich ungesäumt bei uns zu melden.

Leipzig, am 14. December 1882.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
J. V.: Junck, Pol.-Rath. Dr. Berger.

Erstatteter Anzeige zufolge hat Marie Henkel aus Cordelindburg aus ihr von der hiesigen Polizeiverwaltung unter dem 10. September 1877 ausgestellte Dienstbuch verloren.

Wir bitten, dasselbe im Auffindungsfalle an uns abzuliefern.

Leipzig, am 14. December 1882.

Das Polizei-Amt daselbst.
J. V.:
Junck, Pol.-Rath.

Bau-Areal

in ziemlichem Umfange und weil unmittelbar am hiesigen Bahnhofe gelegen, zu Fabrikanlagen, Gärtnereien ꝛc. besonders geeignet, verkauft

der Stadtgemeinderath zu Zwenkau.

Bekanntmachung.

Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß die durch das unterzeichnete Gericht, welches für die Bezirke der Königlichen Amtsgerichte zu Torgau, Dommitzsch, Prettin und Belgern mit der Führung des Handels-Genossenschafts- und Muster-Registers beauftragt ist, anzuordnen den Veröffentlichungen der in diese Register erfolgten Eintragungen im Jahre 1883 soweit das Handels-Register, mit Ausschluß des einen Theil desselben bildenden Zeichen-Registers, und das Genossenschafts-Register in Betracht kommen, durch:

a) den Deutschen Reichs-Anzeiger und Königlich Preußischen Staats-Anzeiger,
b) das Torgauer Kreisblatt,
c) das Leipziger Tageblatt,
d) die Magdeburgische Zeitung,

soweit das Zeichen- und das Muster-Register in Betracht kommen, ständig durch das zu a gedachte Blatt bewirkt werden sollen.

Torgau, den 9. December 1882.

Königliches Amts-Gericht.

Nichtamtlicher Theil.

Die Polonisirungsbestrebungen in Posen.

Unter den 46 Millionen Bewohnern, die das deutsche Reich jetzt zählen mag, befinden sich ungefähr 3,200,000 Nichtdeutsche, die, meist an den Grenzen der deutschen Centralmacht wohnend, sich an das Sprachgebiet ihrer Stammesgenossen anlehnen und nur durch die politische Grenze von ihnen getrennt sind. In einzelnen Thälern des Unterelsaß wie auch in vielen Gemeinden von Oberelsaß und in dem ganzen westlichen Theil von Lothringen bedienen sich noch 220,000 deutsche Unterthanen des französischen als Umgangs- und Familiensprache. Um Malmedy im Rheinland wohnen noch jetzt 10,000 einen französischen Dialect redende Wallonen. In den nördlichen Bezirken Schleswigs sprechen heute noch 150,000 Bewohner dänisch, aber mit jedem Jahre erobert sich hier die deutsche Sprache ein größeres Feld. Von Bautzen bis Kottbus erstreckt sich die rasch abnagende wendische Sprach-Insel, deren Untergang nur noch eine Frage der Zeit ist, obwohl sich einige eifrige wendische Geistliche und Lehrer nach Kräften bemühen, dem schon zweisprachigen Volke aufs Neue slavisches Bewußtsein einzuhauchen. Jedes Jahr frißt die friedliche, durch kein Gewaltmittel beschleunigte Germanisation tiefere Lücken in das von 120,000 Wenden besetzte Gebiet ein, das in den letzten drei Jahrhunderten von 120 auf 50—60 Quadratmeilen zusammengeschrumpft ist. In Schlesien, hart an der österreichischen Grenze, wohnen 50—60,000 Czechen, und im äußersten Nordosten des deutschen Reiches, zu beiden Seiten des Niemen, finden sich 140—150,000 dem Deutschthum rasch zufallende Litthauer. Die ganze Ostgrenze Preußens entlang dehnt sich aber ein mehr oder weniger breiter Streifen Landes aus, der von 2,300,000 Polen besetzt ist; fast losgetrennt von dieser compacten Masse finden sich noch fast 300,000 polnische Kassuben auf dem westpreußischen Landrücken bis zur Ostsee hinauf. Die Polen sind also in den östlichen preußischen Provinzen ziemlich stark vertreten, aber nur in Posen haben sie das numerische Uebergewicht. Hier mögen gegenwärtig 780,000 Deutsche 920,000 Polen gegenüber stehen. In Ostpreußen bilden die Polen nur die Mehrheit in den südlichsten Kreisen; in Westpreußen ist das Polenthum theilweise arg zersplittert. In Oberschlesien endlich machen zwar die Polen ⅘ der Bevölkerung aus, aber es fehlt ihnen jegliches Nationalgefühl. Seit Jahrhunderten haben die „Wasserpolen" ihre Verbindung mit den Stammesgenossen an der Warthe und Weichsel verloren; sie fühlen sich jetzt durchweg als Preußen, folgen willenlos ihrem zum Theil deutschen Clerus und wählen niemals polnische Land- oder Reichstagsabgeordnete. Wird es aber immer so bleiben? An Versuchen, die polnische Bevölkerung Oberschlesiens in das nationale Fahrwasser zu leiten, fehlt es keineswegs, und schon mehren sich die Anzeichen, daß der polnische Gedanke hie und da Wurzel gefaßt hat. Auch die Masuren in Ostpreußen haben kein polnisches Stammesbewußtsein; sie zeigen sich unzugänglich für alle Werbungen polnischer Patrioten, sind stolz auf ihre preußische Staatsangehörigkeit und senden stets deutsche Abgeordnete nach Berlin. Daß sie sich stets als gute Preußen gefühlt und betrachtet haben, hat seinen Grund zum Theil in der Religion, sie gehören fast ohne Ausnahme dem evangelisch-lutherischen Bekenntnisse an. Haben die Wasserpolen und die Masuren kein polnisches Nationalgefühl, so haben die Polen in Westpreußen und Posen desto glühenderes. Es ist recht bezeichnend für die Kraft dieser Polen, daß sie im Stande gewesen sind, in den Jahren des großen nationalen deutschen Aufschwunges eine Reihe deutscher Ortschaften zu polonisiren und Tausende von katholischen Deutschen dem Polenthum zu gewinnen.

Die Provinz Posen ist bereits seit dem 12. Jahrhundert, wie Wuttke in seinem Städtebuch der Provinz Posen und Lange in seiner Geschichte des Landes Posen darlegt, ein Land mit gemischter Bevölkerung. Als die große deutsche Völkerwanderung nach Osten im 10. Jahrhundert anfing und sich bis zum Untergange der Hohenstaufen fortsetzte, da wurden nicht blos Mecklenburg, Brandenburg, Pommern, Sachsen und Schlesien von deutschen Colonistenschwärmen besetzt, sondern auch einzelne Landschaften Posens besiedelt, von der Errichtung des deutschen Ordensstaates an der Weichsel ganz abgesehen. Seit 6 Jahrhunderten also sitzen Deutsche in Posen, nicht blos als Städtebürger, sondern auch als Landbauern. Durch die Gegenreformation erlitt auch das Deutschthum in diesen östlichen Gegenden einen harten Stoß; als Preußen 1772 den Netzedistrict und 1793 das Land an der Warthe an sich riß, gab es nur noch deutsche Trümmer. Unter preußischer Herrschaft nahm das deutsche Element in Posen einen neuen Aufschwung, besonders in der Zeit von 1830—40, als ein tüchtiger Oberpräsident unermüdlich im Interesse des Deutschthums wirkte. Mit dem Jahr 1848 trat aber ein Rückschlag ein. Ganz unbemerkt und im Stillen wirkend hat der polnische Clerus versucht, die deutschen Katholiken zu sich herüberzuziehen, und leider ist in vielen Gemeinden, namentlich in den deutschen Sprachinseln, der Polonisirungsproceß von Erfolg gewesen. Einen sehr werthvollen Beitrag zu dieser Polonisirung hat kürzlich Dr. M. Bär, Assistent am k. Staatsarchiv zu Posen, geliefert: Die Bamberger bei Posen, Posen 1882.

In der Nähe der Provinzialhauptstadt Posen liegen eine Reihe von Dörfern, die unter dem Namen „Bamberger Colonien" bekannt sind. Es sind die Orte Natai, Demsen, Liban, Wilda, Jersitz, Winiary, Gurczyn und die etwas entfernteren Czapury und Wiorek. 1719 kamen die ersten Einwanderer aus der Bamberger Gegend an, 30 Familien mit 120 Köpfen. Sie wurden in Liban und Demsen angesiedelt. 20 Jahre später erfolgte die Besiedelung von Natai, 1749 die von Wilda. Allmählich wurden auch die übrigen Dörfer von den deutschen Colonisten besetzt. Einzelne deutsche Familien ließen sich auch in Obrzycko, Berdichow, Piotrowo und Posen nieder. Die Nachkommen dieser Colonisten haben sich nun bis etwa vor 20 Jahren wesentlich deutsch erhalten; heute sind sie theilweise polonisirt. Bär weist actenmäßig nach, wie die Entnationalisirung durch Kirche und Schule betrieben und herbeigeführt worden ist. Er schreibt: „Nach dem Jahre 1848 trat auch eine wesentliche Veränderung in den polnischen Ansprüchen ein. Es war allgemein bekannt, daß die Provinz Posen ein Theil des früheren polnischen Reiches war, und so hatte man bisher auf Grund dieser Thatsache allein fußend Veranlassung nehmen können, angesichts des übrigen Deutschlands die Polenklagen durch Wort und Schrift immer wieder laut werden zu lassen. Als aber in das Parlament nur 6 Polen gewählt wurden, mußte auch dem Eingenommensten klar werden, daß man von einer polnischen Provinz doch wohl nicht reden könne, wenn sie überwiegend deutsch wäre und beinahe zur Hälfte von Deutschen bewohnt werde. So lag der Wunsch nahe: die Provinz Posen muß polnisch werden! Das wurde beschlossen und darnach gehandelt. Der katholischen Geistlichkeit wurde der Auftrag zu Theil, mit Hilfe der Religion die Polonisirung von all den deutschen katholischen Bewohnern durchzuführen. Die alten, von jeher in Polen als identisch geltenden Bezeichnungen „deutsch" und „protestantisch", „polnisch" und „katholisch" wurden als ein zur Verwirrung Ungebildeter geeignetes Werkzeug von Neuem in Aufnahme gebracht. In dem gemeinen Volke wurde der thörichte Glaube verbreitet, der Papst sei ein Pole, die Jungfrau Maria eine Polin und die katholische Religion eine speciell polnische. So und nicht anders ist der übereinstimmende rege Eifer zu erklären, der von der genannten Zeit ab die katholische Geistlichkeit in der Provinz Posen im Sinne der Polonisirung bethätigt hat, in ihrer Eigenschaft als Seelsorger, als Beichtvater und vor allem in ihrer Eigenschaft als Leiter und Beaufsichtiger der Schulen und der Lehrer." 1836 waren in der Schule von Wilda von 65 Schulkindern nur 9 Kinder polnischer Nationalität, 1851 von 105 Kindern ebenfalls nur 9 polnischer Abkunft, die aber der deutschen Sprache ganz mächtig waren. 1851 wurde noch vom katholisch-polnischen Propste der Regierung berichtet, die Schule sei eine deutsche. Nichtsdestoweniger trug derselbe Propst 1851 dem damaligen Lehrer auf, die Kinder in der Religion polnisch zu unterrichten, ihnen die Gebete ꝛc. in polnischer Sprache beizubringen. Der Einwand des Lehrers, daß die deutschen Kinder den Inhalt und Sinn der polnischen Gebete nicht fassen würden, wurde mit den Worten abgeschnitten: „Wenn sie es auch nicht verstehen, wenn sie es nur können; in dem benachbarten Natai müsse auch der Lehrer auf Anordnung seines Propstes polnisch unterrichten." Allmählich wurde auf den Wunsch einiger vom Propste bearbeiteten Gemeindemitglieder dem polnischen Unterrichte eine Erweiterung zu Theil; 1867 aber protestirte noch ein Theil der Gemeinde gegen die Anstellung eines Lehrers, der die deutsche Sprache nicht vollkommen beherrschte. Heute wäre ein solcher Protest deutsch-katholischer Familienväter in Wilda etwas Undenkbares. Hat sich doch 1880 in einem Berichte des Districts-Commissariats an das königliche Landraths-Amt von sämmtlichen katholischen Deutschen in Ober- und Unterwilda nicht ein einziger als „Deutsch" bezeichnet! Alle ließen sich als Polen eintragen. In ähnlicher Weise wurde von 1851 an die Schule in Natai durch den Propst und Localschulinspector Pluszczewski polonisirt. Die Gemeinde wehrte sich wohl dagegen, richtete auch 1856 eine Vorstellung an die Regierung, aber ohne merklichen Erfolg; es blieb beim Alten. Von der beinahe vollständig gelungenen Polonisirung des Dorfes Natai giebt ein vom 24. April 1882 datirtes Schreiben von 16 Gemeindeangehörigen an den Kreisschulinspector Lux Kunde. Es protestiren nämlich diese 16 Bewohner, die fast ganz deutsche Namen führen (Gentzler, Schneider, Filmuth, Roth, Walter, Leitgeber ꝛc.), gegen die Ertheilung des Religionsunterrichtes in deutscher Sprache an ihre Kinder. Es ist für jeden Deutschen betrübend, wahrzunehmen, wie der Einfluß der Geistlichkeit und der Schule es zu Wege gebracht hat, in noch nicht einem Menschenalter, in 25 Jahren, aus lauter deutschen Leuten eine Generation von Stockpolen heranzuziehen. Aber nicht nur in Wilda und Natai hat die Polonisirung einen vollständigen Erfolg gehabt, auch in den übrigen „Bamberger" Dörfern hat es der polnische Clerus verstanden, deutsche Gesinnung und Sprache allmählich zu verdrängen. So stehen die „Bamberger" bei den Landtags- und Reichstagswahlen stets auf der Seite der Polen, so haben sie sich in die ihnen bei verschiedenen Gelegenheiten zugeschickten Listen in den letzten 10 Jahren immer als Polen eintragen lassen! Bei der letzten Reichstagswahl wurden beispielsweise in dem früher ganz deutschen Natai 162 Stimmen für den polnischen und nur 3 Stimmen für den deutschen Candidaten abgegeben! Aehnlich war auch das Verhältniß in den übrigen „Bamberger" Dörfern. Recht lehrreich sind auch die Ergebnisse der Volkszählungen. 1861 bekannten sich in Demsen zur deutschen Nationalität 219, zur polnischen nur 22 Bewohner; 1880 aber zählte man daselbst nur noch 56 Deutsche, dagegen 273 Polen. In dem gleichen Zeitraume sank die Zahl der Deutschen in Liban von 175 auf 9, die Zahl der Polen stieg dagegen von 25 auf 246. In Wilda wuchs die Zahl der Deutschen von 429 auf 762, die der Polen von 343 auf 877! Solche Zahlen reden eine sehr deutliche Sprache! Leider hat sich die polonisirende Thätigkeit des Clerus nicht auf die „Bamberger" beschränkt, auch in weiteren Gebieten hat man das Deutschthum geschwächt. So befinden sich im Landkreise Posen allein unter 9000 Schulkindern 2000 mit gut deutschen Namen; aber nur etwa 700 von ihnen sprechen deutsch, und unter diesen giebt es 400, d. h. mehr als die Hälfte evangelische Kinder! Wenn das Abwendigmachen von der deutschen Nationalität im eigenen Lande so schwunghaft betrieben werden kann, dürfen wir uns dann noch über die undeutsche Gesinnung so vieler unserer Stammesgenossen in Ungarn wundern, wo seit 1867 an der Verdrängung deutscher Sprache und Cultur mit noch ganz anderen Mitteln gearbeitet worden ist?

Alle Maßnahmen, welche regierungsseitig gegen etwaige Ueberschreitungen des Polenthums getroffen werden, werden dem Volke als gegen die katholische Religion gerichtet, verächtigt. So glauben die Bamberger vielfach, daß die deutschen Kinder, denen der katholische Religionsunterricht auf Anordnung des Kreisschulinspectors in ihrer deutschen Muttersprache ertheilt wird, zu Altkatholiken gemacht werden sollen.

Ein nicht zu unterschätzendes Mittel, aus den Deutschen „um Posen" Polen zu machen, hat die Thatsache, daß die „Bamberger Dörfer" zu polnisch-katholischen Pfarrkirchen gehören, in denen nur polnisch gepredigt und celebrirt wird. Selbst die deutschen Katholiken in der Provinzialhauptstadt haben nur nach schweren Kämpfen eine Kirche, die Franziskanerkirche, zugewiesen erhalten, in der wenigstens deutsch gepredigt und Beichte gehört wird. Taufen und Trauungen in deutscher Sprache sind aber in dieser Kirche nur nach Zahlung doppelter Gebühren und nach erfolgter Erlaubniß der betreffenden Parochialpröpste möglich.

Auch der fortwährend rege Verkehr zwischen Polen und Deutschen trägt dazu bei, den Unterschied zwischen beiden Völkern zu Ungunsten der Deutschen zu verwischen. Deutsche, die dem Polenthum gewonnen sind, beeilen sich dann, ihren deutschen Namen ein polnisches Mäntelchen umzuhängen: aus Hübsch wird Chbps, aus Spät Szpet, aus Schröter Szraiter, aus Schulz Szulc, aus Krieg Krzg, aus Wollschläger Wolszlegier ꝛc. Wer denkt nicht dabei an die zahllosen czechischen, slovenischen und italienischen Namen, die deutsche Wurzel haben?

Welche Freude über diese polonisirende Thätigkeit in den Polenkreisen jenseit der Reichsgrenze herrscht, geht aus einem Artikel hervor, der vor nicht langer Zeit in dem zu Warschau erscheinenden „Athenäum" gedruckt wurde. Es wird da den Geistlichen der Provinz Posen besonderes Lob dafür gespendet, daß sie durch ihr umsichtiges Verfahren, durch ihre Einwirkung auf die Lehrer und Frauen und durch ihre Besprechungen mit den Leuten nach dem Gottesdienste es dahin gebracht hätten, die deutschen Bewohner der Dörfer um Posen herum allmählich zu Polen zu machen, so daß sie namentlich bei den Wahlen stets mit den Polen stimmten. Den treuen polnischen Geistlichen Posens sei Dank zu sagen für die großen Erfolge, welche die polnische Nation bei den letzten Wahlen erzielt habe ꝛc.

Der erste Schritt zur Heilung eines Uebels ist, daß man seine Ursache erkennt. In Posen, wo die Ursachen zur Entdeutschung so großer Massen klar zu Tage liegen, wird dem weiteren Umsichgreifen des Polenthums energisch Einhalt gethan werden müssen. Dr. Bär bezeichnet zwei Mittel als sehr wirksam, das verlorene Gebiet wieder zu erobern: die deutsche Schule und die deutsche Kirche. In all' den noch halbdeutschen Dörfern müssen die Schulen wieder rein deutsch werden, von deutschen Lehrern geleitet und von deutschen Schulinspectoren beaufsichtigt. Der derzeitige Kreisschulinspector Lux bemüht sich, dieses Ziel möglichst bald zu erreichen, aber wie wird der Mann von den Polen angefeindet! Wie eiferten polnische und ultramontane Abgeordnete im letzten Landtage gerade über die Thätigkeit dieses Mannes! Wahrscheinlich werden auch im jetzigen Landtage wieder heftige Angriffe auf den deutschen Schulinspector erfolgen! Ebenso nöthig wie die deutsche Schule ist die deutsche Kirche. Deutsche katholische Dörfer müssen in ganz Posen in deutsche Parochialkirchen eingepfarrt werden, in denen nicht blos Predigt und Beichte, sondern auch Taufen und Trauungen, überhaupt alle gottesdienstlichen Handlungen, deutsche sind. Ferner ist nothwendig, daß in deutschen Gemeinden nur deutsche Geistliche amtiren. Erst dann, wenn die beiden Hauptforderungen — deutsche Schulen und deutsche Kirchen für alle deutschen Katholiken — erfüllt sein werden, wird es mit dem Deutschthum in Posen, daß seit 15 Jahren nicht nur keine Fortschritte, sondern sogar Rückschritte gemacht hat, wieder vorwärts gehen.

Leipzig, 18. December 1882.

* Aus dem preußischen Abgeordnetenhause wird uns vom Sonnabend geschrieben: Die heutige Debatte hatte ein noch viel zahlreicheres Publicum angezogen als die gestrige. Prof. Wagner entwickelte zwar nicht, wie er hatte verkünden lassen, ein ausführliches und ausgearbeitetes Steuerprogramm, da er diese Aufgabe der Regierung überlassen will. Immerhin aber war seine Zustimmung zu der Licenzvorlage nur eine sehr bedingte, und auch heute wurde ihm wie in der Generaldiscussion zum Etat wiederholt auch der Beifall der linken Seite des Hauses zu Theil. Im Ganzen war seine Rede eine nicht minder scharfe Kritik der Planlosigkeit des Herrn Scholz, als die Ausführungen der Redner der Linken. Abg. von Bennigsen hatte zwar keinen leichten Stand nach 4 Uhr, nachdem das Haus durch die einstündige Rede Wagner's schon ziemlich ermüdet war, die Aufmerksamkeit der Abgeordneten zu fesseln, doch gelang ihm das wie immer vortrefflich, und indem er die Debatte auf die politische Höhe brachte, erörterte er in gewohnter Meisterschaft Punct für Punct der Vorlage und zeigte — daß das was Herr Scholz als absolut erforderlich hinstellte, mindestens nicht nothwendig ist, daß aber Wege zur Deckung des Steuererlasses vorzüglich sind, von denen der preußische Finanzminister nichts wissen mag. — Bezeichnend für unsere ganze Situation ist es, daß, obgleich wir doch gerade den Einfluß des Parlaments nicht überschätzen, nach der Kritik, die das Werk des Herrn Scholz gestern und heute von allen Seiten erfahren hat, seine Stellung für erschüttert gilt".

* Die Verhandlungen im Abgeordnetenhause über die Steuerfrage haben klar ergeben, daß für die Licenzsteuerprojecte nirgends Stimmung ist; auch die Conservativen haben sich nur unter so viel Vorbehalten und Bedenken dafür ausgesprochen, daß von einer aufrichtigen und überzeugten Zustimmung auch auf dieser Seite nicht die Rede sein kann. Entschließen sich die beiden conservativen Fractionen doch für diese Vorschläge zu stimmen, so geschieht es nur unter dem Druck von oben, in der Scheu vor Opposition, und eine Mehrheit wird bei der ablehnenden Haltung aller andern Parteien darum für die Vorlage doch nicht zu Stande kommen. Eben diese Erwägung mag vielleicht manchem Conservativen das Ja erleichtern. Während die vorgeschlagene Deckung aus den verschiedensten praktischen und principiellen, wirthschaftlichen und politischen Gründen ganz überwiegend auf Abneigung stößt, ist man mit dem andern Theil der Vorlage, der Aufhebung der untern Classensteuerstufen, in welcher die Erfüllung eines alten Versprechens und eine Maßregel ausgleichender Gerechtigkeit zu erblicken ist, besser einverstanden. Freilich sind auch hier noch starke Bedenken, insbesondere wegen der Begründung des Wahlrechts auf die directen Staatssteuern und wegen der Verbindung der Communalsteuern mit denselben zu beseitigen; es wird auch geltend gemacht, daß die Maßregel so unaufschiebbar dringlich nicht sei, um ohne allen Verzug und ohne Sicherheit für die Deckung des Ausfalls in Ausführung gebracht zu werden, auch wird vielfach die Aufhebung der zwei untersten Stufen für genügend erachtet. Fällt die vorgeschlagene Deckung durch die Licenzsteuern hinweg, so geht wieder ganz überwiegend die Stimmung des Abgeordnetenhauses dahin, die planlosen und willkürlichen Steuererlasse aber doch wenigstens den zweiten, nicht auf Gesetz beruhenden, abzuschaffen und den dadurch gewonnenen Betrag für eine zweckmäßigere und rationellere Erleichterung der directen Steuern heranzuziehen. Gleichzeitig wird aber auch verlangt, daß nach einem festen Plan und System die Reform der ganzen Einkommenbesteuerung vorgenommen wird und zwar in einer Weise, daß der Entlastung der untern Steuerzahler eine Mehrbelastung der höheren Einkommen- bezw. eine Capitalrentensteuer zur Seite geht. Das sind Grundzüge, über die bis zu einem gewissen Grad das ganze Abgeordnetenhaus einig ist, und wenn auch im Einzelnen über diese Ziele noch viele Meinungsverschiedenheiten bestehen, so wird man an der Möglichkeit einer Verständigung doch nicht zweifeln dürfen, wenn nur die Regierung will. Die letztere hat sich freilich bis jetzt auf die Vertheidigung ihrer Licenzvorlage beschränkt und allen anderweiten Vorschlägen gegenüber sich äußerst zurückhaltend, wenn nicht ablehnend gezeigt. Indessen, wenn sie mit ihren eigenen Plänen erst einmal gescheitert ist, so wird man hoffen dürfen, daß sie die aus dem Abgeordnetenhause hervorgehenden Vorschläge mit mehr Wohlwollen und Entgegenkommen aufnehmen und prüfen wird. Man darf hoffen, die bevorstehenden Commissionsverhandlungen werden nicht resultatlos verlaufen, sondern die Reform des preußischen Staatssteuerwesens ein gutes Stück fördern. Man wird doch nicht annehmen dürfen, daß mit diesen unglücklichen Licenzprojecten der ganze Reformeifer der Regierung erschöpft ist.

* Die XI. Commission des Abgeordnetenhauses erledigte am Sonnabend in zweiter Lesung den Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Erlaß polizeilicher Strafverfügungen. Die beiden Hauptstreitfragen sind von der Commission dahin entschieden worden, daß das Maximum, welches die Polizeiverwaltung bei der Strafbestimmung nicht überschreiten darf, bei der Geldstrafe 30 ℳ, bei der Haft 3 Tage betragen soll, und daß gegen die Strafverfügung nur ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung, dagegen nicht eine Beschwerde bei der höheren Polizeibehörde zugelassen wird. Durch ein von der Commission angenommenes Amendement wird festgestellt, daß auch gegen Beschuldigte im Alter von 12 bis 18 Jahren polizeiliche Strafverfügungen erlassen werden können, und daß in diesem Falle nicht blos der Beschuldigte, sondern auch sein gesetzlicher Vertreter den Antrag auf gerichtliche Entscheidung stellen kann.

* Die bei Eröffnung der serbischen Skupschtina vom König Milan verlesene Thronrede wird nicht ermangeln, im Auslande einen günstigen Eindruck hervorzubringen. Serbien ist über die ersten Anfänge seiner politischen Selbstständigkeit noch kaum hinausgekommen, und der Rückfällen in gewisse Unarten früherer Zeit noch nicht ganz sicher, aber die Wendung zum Bessern ist im Großen und Ganzen doch unverkennbar. Mit Berufung des Ministeriums Pirotschanac hat König Milan sich selbst und seinem Lande den besten Dienst geleistet. Insofern er durch diesen Schritt der Initiative zur Loslösung Serbiens von dem Joch des russischen Panslavismus ergriff, erfüllte König Milan zugleich die unerläßliche Vorbedingung für die Schaffung correcter Beziehungen zu dem österreichisch-ungarischen Nachbar und stellt sich gleichzeitig unter die Protection der von Berlin ausgehenden internationalen Friedens- und Versöhnungspolitik. Wenn die jüngste serbische Thronrede von den „sehr guten Beziehungen Serbiens zu den Mächten" und von dem bei den schwebenden handelspolitischen Abmachungen bekundeten Wohlwollen der Mächte gegen Serbien spricht, so hat sie dabei vor allen Dingen Deutschland und Oesterreich-Ungarn im Auge, deren soeben noch nachdrücklichst betonte Bundesbrüderschaft für geraume Zeit den Mittelpunct der politischen Haltung unseres Welttheils zu repräsentiren berufen ist. Eine Pester Depesche will wissen, es sei im Werke, König Milan zur Abdankung zu zwingen; wir wollen abwarten, was an diesen Gerüchten Wahres ist.

* Aus Norwegen schreibt man uns: „Die Wahlen sind nun vorbei, der Parteihader ruht jedoch nicht. Sind auch die Versammlungen nicht mehr so an der Tagesordnung, wie zur Zeit, als Björnson noch in Christiania war oder in den Provinzialstädten reiste, um für seine Partei Propaganda zu machen, so ist doch noch lange nicht das Wort verstummt. Besonders die radicale Presse erscheint alle Tage mit kampfesmuthigen Artikeln auf dem Plane und spricht sich in einer Weise aus, die in Deutschland von der Staatsanwaltschaft nicht

SLUB
Wir führen Wissen.